

Rundschreiben Nr. 1/2014

▪ **Kooperation oder Konfrontation**

Der **vhw Baden-Württemberg** lädt alle Kolleginnen und Kollegen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg zur

Jahresversammlung in Pforzheim am 23. Mai 2014

in die Hochschule für Gestaltung, Technik und Wirtschaft Pforzheim ein.

Thema der Festveranstaltung ist in diesem Jahr:

„Promotionsmöglichkeiten an Hochschulen für angewandte Wissenschaften“

Im Anschluss an den Festvortrag findet eine Podiumsdiskussion mit den im Landtag vertretenen Parteien statt.

Bitte merken Sie sich den Termin vor und kommen Sie zahlreich.

▪ **Neuregelung der W-Besoldung – immer noch Fehlanzeige**

Obwohl Wissenschaftsministerin Theresia Bauer bereits im Oktober letzten Jahres eine Anpassung der W-Besoldung angekündigt hatte, besteht immer noch keine Klarheit über die Umsetzung. Man sei noch in der Abstimmung. Strittig ist offensichtlich, welcher Etat davon betroffen sein soll. Eine Reihe von Bundesländern, allen voran Hessen und Bayern, sind dabei längst an Baden-Württemberg vorbeigezogen.

Inzwischen muss man sich fragen, ob die Neuregelung wirklich noch so wie angekündigt erfolgen wird.

▪ **Appell an Ministerpräsident Kretschmann**

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2012 hat sich der **vhw** Baden-Württemberg sowohl schriftlich als auch in zahlreichen persönlichen Gesprächen, u. a. mit den wissenschaftspolitischen Sprechern der Regierungsfractionen, mehrfach intensiv für die angekündigte Erhöhung der W-Besoldung eingesetzt und die Konkretisierung der Eckdaten bei den politischen Verantwortlichen angemahnt. In einem Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann bittet der **vhw** Baden-Württemberg nachdrücklich darum, endlich den Worten auch Taten folgen zu lassen. Nicht zuletzt gerate Baden-Württemberg bei Berufungsverfahren immer stärker ins Hintertreffen.

Der unbefriedigende Zustand schadet nicht nur den Hochschulen des Landes, sondern er beschädigt auch den Wissenschaftsstandort Baden-

Württemberg. Überdies droht die Glaubwürdigkeit der Landesregierung erheblichen Schaden zu nehmen.

▪ **Neues Landeshochschulgesetz beschlossen**

Am 27. März beschloss der Landtag ein neues Landeshochschulgesetz. Für Wissenschaftsministerin Theresia Bauer ist das Dritte Hochschulrechtsänderungsgesetz (3.HRÄG) „ein klares Bekenntnis zur Hochschulautonomie“. Wesentliche Änderungen sind die Ablösung des Leitbilds der unternehmerischen Hochschule, die Erleichterung des Zugangs zu den Hochschulen, die Stärkung der Gleichstellung, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, die Sicherung der Qualität von Promotionen, die Erhöhung der Transparenz in der Drittmittelforschung und der Ausbau der akademischen Weiterbildung.

Bereits im Vorfeld hatte es am 21. Februar eine öffentliche Anhörung des Wissenschaftsausschusses im Landtag gegeben, zu der der **vhw** Baden-Württemberg eingeladen war und vom Landesvorsitzenden Ronald Schaul in einer mündlichen Stellungnahme vertreten wurde.

Der vhw Baden-Württemberg hat sich durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen Gehör verschafft und deutlich gemacht, dass ihm vor allem die Stärkung der demokratischen Strukturen an den Hochschulen nicht weit genug geht. Siehe http://www.vhw-baden-wuerttemberg.de/DOCS/vhw-bw-Stellungn_LHG_2014.pdf sowie http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/drucksachen/2014-02-21_Anhoerung_WissA.pdf, insbesondere S. 37-39.

▪ **Qualitätssicherung bei Promotionen**

Das neue Landeshochschulgesetz will die Rahmenbedingungen für Promotionen verbessern. Das MWK hat mit Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein Paket geschnürt, das die Qualität bei Promotionsverfahren weiterentwickelt, die Zusammenarbeit von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärkt und durch eine Experimentierklausel neue Wege zur Promotion eröffnet. Promotionsvereinbarungen zwischen Doktoranden und ihren Betreuern, Ombudspersonen und die Erleichterung von Promotionen für hervorragende Absolventinnen und Absolventen der HAWs sind wesentliche Ziele.

Angesichts der nachweisbaren Forschungsstärke vieler HAWs ist es geboten, hier endlich das Universitätsmonopol aufzubrechen. Der vhw-Bund wie die Konferenz der Fachbereichstage e. V. (KBFT) haben sich für mehr Kooperation ausgesprochen. Im Übrigen mögen sich die technisch orientierten Universitäten daran erinnern, dass auch sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts um den

Zugang zu eigenständigen Promotionen kämpfen mussten.

▪ **HAWs: Exzellente Forschung bestätigt**

Am 28. März 2014 veranstaltete der Verband der Hochschullehrer Baden-Württemberg (vhbw) seine diesjährige Fachtagung. Organisiert vom Hochschullehrerbund Baden-Württemberg (hlb) trafen sich die Mitglieder der beiden Hochschulverbände bei der Firma Siemens in Karlsruhe. – Nach dem Empfang und der Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch den Leiter der Siemens-Niederlassung, Herrn Dipl.-Ing. Rainer Maisch, und den Grußworten der Vorsitzenden Prof. Dr. Hopp (hlb Baden-Württemberg) und Prof. Ronald Schaul (vhw Baden-Württemberg) informierte Ministerialrat Lutz Bölke vom MWK über aktuelle Entwicklungen im Hochschulbereich. Im Mittelpunkt standen die Änderungen des Landeshochschulgesetzes und die W-Besoldung. MinRat Bölke teilte mit, dass die Landesregierung zusätzliche Finanzmittel zur Bewältigung der stark gestiegenen Studienanfängerzahlen bereitstellen wolle. Auch werde der Vergaberahmen aufgestockt. Außerdem ging er auf die bei den Universitäten umstrittene sog. „Experimentierklausel“ und das modifizierte Promotionsrecht ein. Unter Mitwirkung des Wissenschaftsrates soll die qualitätsorientierte Ausgestaltung von Promotionsverfahren konkretisiert werden. – Im Anschluss an die lebhaft hochschulpolitische Diskussion informierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Forschungsschwerpunkte der Siemens-AG am Standort Karlsruhe und konnten sich bei einer Werksbesichtigung über die aktuellen Umsetzungen kundig machen.

Der Kontakt der Hochschulen für angewandte Wissenschaften zur Industrie ist für die Stärkung des Anwendungsbezugs in der Ausbildung der Studierenden und der HAW-Forschung unumgänglich.

▪ **Mehr berufsbegleitende Masterangebote**

Die Landesregierung will mit zusätzlichen 6 Millionen Euro in einer ersten Förderrunde den Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen fördern und ein Studium neben dem Beruf künftig leichter möglich machen. Flexible Angebote und moderne Lernkonzepte – z. B. „Blended Learning“ – sind dafür gefragt. Für das MWK ist die wissenschaftliche Weiterbildung ein Baustein in der Weiterbildungsstrategie der Landesregierung, um dem demographischen Wandel und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die Förderung erfolgt im Rahmen der ersten Ausbaustufe des Ausbauprogramms „Master 2016“, allerdings nur als Anschubfinanzierung. Später sollen die Weiterbildungsangebote durch Gebühren selbst finanziert werden. Eine weitere Förderrunde ist ab 2016 geplant.

Gerade die HAWs sind hier gefordert. Machbar sind diese Entwicklungen allerdings nur durch Schwerpunktsetzung der Hochschulen.

▪ **Verlängerung des „Solidarpaktes“**

Seit 1997 wurde die finanzielle Grundausrüstung der Hochschulen durch die sog. Solidarpakte I und II geregelt. Der aktuelle Solidarpakt läuft Ende 2014 aus. Hinzu kommt, dass ab 2020 die Schuldenbremse gilt. Vor diesem Hintergrund haben das MWK und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft mit Vertretern aller Hochschularten Gespräche aufgenommen, wie die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessert und langfristig gesichert werden kann. Konkrete Ergebnisse werden bis zur Sommerpause 2014 erwartet, damit ein Vertragsabschluss mit den Hochschulen spätestens im Dezember 2014 möglich ist.

Der vhw setzt sich seit längerem dafür ein, dass das sog. Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufgehoben wird. Andernfalls werden die Hochschulen wegen einer unzureichenden Grundfinanzierung nicht in der Lage sein, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bestehen.

▪ **Qualitätssicherung in den Ingenieurwissenschaften**

Ein gemeinsames „Eckpunktepapier“ haben 4ING, KFBT und BDA/BDI am 20. März 2014 zur Sicherung der Qualität der Ingenieurausbildung im Bolognaprozess verabschiedet. Dabei wollen die Technischen Universitäten und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften die diversen Anforderungen des internationalen Arbeitsmarktes berücksichtigen. Das Bachelorstudium soll die Kompetenzen anlegen, die von Ingenieurinnen und Ingenieuren sowie Informatikerinnen und Informatikern erwartet werden. Das Masterstudium soll diese Kompetenzen durch eine stärkere fachliche Spezialisierung in Forschung und angewandter Entwicklung vertiefen und verbreitern und eine größere Eigenständigkeit fördern.

Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt das MWK Baden-Württemberg mit der Bildung der Expertenkommission „Ingenieurwissenschaften@BW 2025“. Als industriestärkstes Bundesland mit einer hohen Exportquote ist das Land gefordert, die Ingenieurwissenschaften strategisch weiterzuentwickeln. Bis Mitte 2015 soll die Kommission Empfehlungen vorlegen, wie die Ingenieurwissenschaften Chancen und Potenziale besser ausschöpfen können, um sich möglichst erfolgversprechend auf dem nationalen, europäischen und internationalen Feld zu positionieren.

Die gemeinsamen Anstrengungen der Hochschularten sind sehr zu begrüßen und beweisen, dass Kooperation bei aller Konkurrenz doch möglich ist.

▪ **Erfolgsmodell „Duale Hochschule“**

Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Berufsakademien und des 5jährigen Jubiläums der Umwandlung in die Duale Hochschule lobte Wissenschaftsministerin Bauern die enge Zusammenarbeit von Dualer Hochschule und Unternehmen.